

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/3272

A04, A15



komba
gewerkschaft
nordrhein-
westfalen

Stellungnahme der komba gewerkschaft nrw

zum Antrag der Fraktion der SPD

***„NRW muss funktionieren – Mehr Anerkennung für die Beschäftigten in Kita
und OGS“***

(Stand 09.09.2025)

Kontakt:
komba gewerkschaft nrw

Norbertstr. 3
50670 Köln
Tel.: 0221 - 91 28 52 32
Fax: 0221 - 91 28 52 5
Mail: jestel@komba.de
www.komba-nrw.de

Sehr geehrter Herr Jörg, sehr geehrte Abgeordnete,

wir danken für die Möglichkeit, zum Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel **„NRW muss funktionieren – Mehr Anerkennung für die Beschäftigten in Kita und OGS“** Stellung nehmen zu dürfen.

Die Personalsituation in den Kitas und Offenen Ganztagschulen in Nordrhein-Westfalen ist angespannt. Es fehlen laut einer Studie des DJI bis zum Jahr 2030 bis zu 20.200 Fachkräfte in NRW¹. Hinzu kommen saisonbedingte Erkrankungsausfälle, aber häufig auch psychische Erkrankungen², die in der Regel einen längeren Ausfall zur Folge haben. Laut der STEGE-Studie aus dem Jahr 2013 erhöhen schlechte strukturelle Rahmenbedingungen wie zu wenig Zeit, räumliche, finanzielle und personelle Ausstattungsmängel, keine festen Pausenzeiten, fehlende Einrichtungsbesprechungen oder Supervisionsangebote das Risiko für verschiedene gesundheitliche Beeinträchtigungen. Dazu gehören z.B. ein schlechteres subjektives Gesundheitserleben, häufigere chronische Erkrankungen und psychische Störungen sowie Beeinträchtigungen im Alltag. Seither hat sich die personelle Situation in den Kitas und – mit dem herannahenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter- auch in den Offenen Ganztagschulen zunehmend verschlechtert. Mit massiven Folgen für Kinder und deren Eltern, aber auch für das Personal.

Im vorliegenden Antrag wird bemängelt, dass die im Dezember 2024 mit noch weiteren Öffnungen in Kraft getretene Personalverordnung von den Trägern nicht in dem Umfang genutzt wird, wie sich die Landesregierung erhofft hatte. Wir als komba gewerkschaft nrw halten diese Ausweitung der Verordnung grundsätzlich für problematisch: Sie begünstigt unqualifizierten Quereinstieg und entwertet Ausbildungswege für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen. Hinzu kommt, dass die pädagogischen Fachkräfte – nach unserer Lesart sind dies ausschließlich Erzieher*innen oder Kindheitspädagog*innen - durch die Koordination der unterschiedlichen Qualifikationen, Erfahrungen und Haltungen in den Einrichtungen zusätzlich überfordert sind.

Die Anforderungen an die Fachkräfte sind zudem in den letzten 20 Jahren enorm gestiegen. Neben Betreuung und Erziehung ist seit 2004 richtigerweise auch frühkindliche Bildung zu leisten. Seit der ersten PISA-Studie steigt der Druck auf die frühkindliche Bildung, zuletzt durch die auf Bundesebene geplante Sprachstandserhebung im Alter von 4 Jahren. Pädagogische Fachkräfte in der frühkindlichen Bildung werden vermehrt als „Zulieferer“ für die Grundschule gesehen und am Bildungsmisserfolg deutscher Schüler*innen mitverantwortlich gemacht.

Die tägliche Überforderung des Systems Kita lässt jedoch eine qualitativ gute frühkindliche Bildung nicht zu. Überbelegungen, Personalausfälle und immer mehr ungelerntes Personal lassen die Kita zur reinen Betreuungsinstitution verkommen. Der Umstand, dass der Beruf nicht mehr wie vorgesehen ausgeübt und dem eigenen Anspruch nicht mehr gerecht werden kann, belastet viele

¹ Autor:innengruppe Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe, Januar 2024

² Voss/Viernickel- STEGE- Studie zur Strukturqualität und ErzieherInnengesundheit in Kindertageseinrichtungen, 2013

Fachkräfte außerordentlich und bewegt unserer Erfahrung nach viele Fachkräfte dazu, das Berufsfeld zu verlassen.

Zu den Forderungen des Antrags im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- **die Bedingungen der Beschäftigten in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und im Ganzttag zu verbessern. Dafür muss:**
- **das Land eine Vollfinanzierung der praxisintegrierten Ausbildung für Kita-Träger durch Erhöhung der zweckgebundenen Fördersätze im KiBiz vornehmen.**
- **die Ausbildung aller Fachkräfte vergütet werden. Für die vollzeitschulische Ausbildung wird eine Anreizfinanzierung benötigt, damit frei entschieden werden kann, ob die Ausbildung praxisintegriert oder vollzeitschulisch absolviert wird.**
- **in einem ersten Schritt die unbesetzten knapp 4.000 Ausbildungsplätze im Erziehungsbereich besetzt werden und darauf aufbauend die Zahl der Schulplätze und der Ausbilderinnen und Ausbilder, sowie der Lehrerinnen und Lehrer an den Fachschulen erhöht werden.**
- **die Vergütung der Beschäftigten so angepasst werden, dass sie die Verantwortung anerkennt, die die Arbeit in der frühkindlichen Bildung mit sich bringt. Dafür muss das Gesetz so gestaltet sein, dass es auf kurzfristige Änderungen eingehen kann und Träger nicht bis zum August des Folgejahres auf eine Anpassung der Finanzierung warten müssen.**
- **zur Stärkung der Gesundheit der Beschäftigten die Gesundheitsprävention gefördert und u.a. ergonomische Arbeitsplätze und ausreichend Fachpersonal angeboten werden, damit Überforderungen und Stress minimiert werden können.**
- **das Fachkräftegebot in der frühkindlichen Bildung garantiert und einer Deprofessionalisierung entgegengewirkt werden.**
- **weiterhin ein gezielter Einsatz von Alltagshelfenden erfolgen. Pädagogische Fachkräfte können nicht durch weniger qualifizierte Kräfte ersetzt werden. Weitere Professionen können aber von nicht-pädagogischen Aufgaben entlasten. Dafür müssen die Kürzungen im Kita-Helfer-Programm zurückgenommen werden und weitere Unterstützungskräfte beispielsweise im Bereich der Verwaltung ermöglicht werden.**

Wir stimmen diesen Forderungen im Großen und Ganzen zu.

Die praxisintegrierte Erzieher*innenausbildung muss auch für den Ganzttag flächendeckend ermöglicht werden. Oftmals sind die Praxiszeiten im Offenen Ganzttag durch die wenigen Betreuungsstunden am Nachmittag nicht ausreichend. Hier muss eine enge Verzahnung mit der Schule stattfinden, um die Ausbildung im Ganzttag durchführen zu können.

Die Bezahlung der vollschulischen Ausbildung ist eine langjährige Forderung der kombi-gewerkschaft. Die PiA- Ausbildung wird oft lediglich aufgrund der Bezahlung der vollschulischen Ausbildung vorgezogen, obwohl diese nicht für jede*n Schüler*in geeignet ist. Fachschullehrende berichten uns, dass an den Fachschulen vor Ausbildungsbeginn Beratungen zu den zur Verfügung stehenden Ausbildungsformen stattfinden und die Schüler*innen dennoch oft entgegen der Empfehlung die PiA-Ausbildung nur aufgrund der Vergütung vorziehen. Die PiA- Ausbildung ist jedoch in besonderem Maße herausfordernd. Durch die frühe und dauerhafte Einbindung in der Praxis und dem zusätzlich zu bewältigenden theoretischen Stoff entsteht bereits in der Ausbildung ein hoher Stress. In der Praxis ist es zudem oft so, dass die Auszubildenden viel zu oft bereits zu viel

Verantwortung tragen müssen, weil Personal ausfällt. Dies führt dazu, dass viele PiA-Auszubildende entweder die Ausbildung abbrechen (26%³) oder direkt nach Abschluss der Ausbildung das Berufsfeld verlassen.

Daher ist es wichtig, die vollschulische Ausbildung genauso zu vergüten, wie die PiA-Ausbildung, damit eine echte Wahlfreiheit zwischen den Ausbildungsformen eröffnet wird.

Die bisherige Möglichkeit, Aufstiegs-BAföG zu beantragen, ist offenbar zu unbekannt, zu aufwendig in der Beantragung und immer noch zu träge in der Bewilligung.

Der Umstand, dass 4.000 Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht besetzt sind, ist ein Zeichen dafür, dass der Beruf der*des Erzieher*in nicht mehr so attraktiv ist, wie noch vor einigen Jahren. Der ehemalige Traumberuf Erzieher*in ist aus den bereits oben genannten Gründen keiner mehr. Durch Überbelegungen, Aufgabenzuwachs und Personalknappheit ist es nur noch möglich, die Kinder zu betreuen. Frühkindliche Bildung ist nicht mehr möglich und der Alltag ist geprägt von Stress und Überlastung.

Zudem können durch die seit 2020 sukzessive eingeführten Öffnungen der Personalverordnung immer mehr Personen ohne einschlägige Ausbildung in Kitas arbeiten. Das entwertet die Erzieher*innenausbildung.

Ob die Ausbildungskapazitäten darüber hinaus noch ausgeweitet werden sollten, vermögen wir nicht zu beurteilen.

Für die Vergütung im SuE-Bereich im Rahmen des TVöD SuE haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren große Verbesserungen erreicht. Diese sind zwar noch nicht in allen Bereichen ausreichend, so dass wir für die Einkommensrunde im Bereich des TVöD SuE 2027 noch viele Forderungen haben. Viel wichtiger ist, dass der TVöD oder die Vergütung des TVöD flächendeckend angewandt wird. Träger müssen diesen Gehaltszuwachs kurzfristiger finanziell ausgeglichen bekommen, damit keine Notlage entsteht.

Gesundheitsprävention fordern wir bereits seit Langem. Dazu gehören sowohl ergonomische Ausstattung als auch Lärm- und Hitzeschutz. Auch eine trägerunabhängige Fachberatung muss dauerhaft zur Verfügung stehen, wie auch ausreichende Zeiten und Finanzmittel für kollegiale Fallberatung sowie dauerhaft verfügbare Supervision.

Auch Zeiten für Teambuilding sind für die Gesunderhaltung des Teams als Ganzem wichtig.

Die Bereitstellung ausreichend qualifizierten Fachpersonals wäre die nachhaltigste Lösung für den Gesundheitsschutz. Da dies unter den aktuellen Rahmenbedingungen jedoch nicht realisierbar ist, müssen zumindest die genannten Maßnahmen umgesetzt werden, um den Gesundheitsschutz in eingeschränktem Umfang sicherzustellen.

Unterstützende Kräfte in Kitas fordern wir auch bereits seit Längerem. Die Alltagshelfenden sind den Fachkräften eine große Entlastung bei nicht-pädagogischen Aufgaben. Die Finanzierung für die Alltagshelfenden muss verstetigt werden. Ebenso müssen Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte finanziert werden, damit das pädagogische Fachpersonal sich um sein originäres Aufgabengebiet kümmern kann.

³ DJI/TU Dortmund, aaO, S.98

- **Überbelegungen zurückzuführen und kleinere Gruppen zu ermöglichen, damit Beschäftigte weniger Stress ausgesetzt sind und die Bildungschancen der Kinder verbessert werden.**

Unsere Mitglieder spiegeln uns vor jeder Einkommensrunde eindringlich, dass sie lieber auf Tarifsteigerungen verzichten würden, wenn sie dafür kleinere Gruppen bekommen könnten. Das ist leider nicht im Wege eines Tarifvertrages zu lösen, zeigt jedoch, wie sehr die derzeitigen Gruppengrößen die Fachkräfte belasten. Die Kinder könnten von kleineren Gruppen sehr profitieren.

- **auch im Bereich der OGS ein Gesetz zu schaffen, in dem Tarifsteigerungen dynamisch abgebildet werden und die Förderung der praxisintegrierten Ausbildung sichergestellt wird.**

Die Beschäftigten im Offenen Ganztage hatten sich durch den Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien große Hoffnungen auf ein Gesetz für den Ganztage gemacht. Die Ankündigung im Frühjahr 2024, dass nun doch kein Ausführungsgesetz für den Ganztage kommt und im Ganztage nur ein „weiter wie bisher“ gelten soll, hat die Beschäftigten sehr enttäuscht. Eine gesetzliche Regelung mit verbindlichen Standards hinsichtlich des Personals, Ausstattung und Räumlichkeiten sehen wir weiterhin als notwendig an, damit eine gute OGS nicht allein von den Finanzen der einzelnen Kommunen abhängt.

Mittlerweile liegt der Referentenentwurf des KiBiz vor. Die zum größten Teil begründeten Forderungen in diesem Antrag haben leider in diesem Entwurf keinen Platz gefunden. An frühkindliche Bildung ist künftig nicht mehr zu denken. Hier wurde eine Chance vertan, das System, die Beschäftigten und damit vor allem die Kinder zu stärken.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit unseren Ausführungen weiterhelfen konnten und stehen jederzeit für Fragen zur Verfügung.

gez. Sandra van Heemskerck
Landesvorsitzende

gez. Frank Meyers
Landesvorsitzender